

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juni 2012



Athen will notfalls an die Börse gehen

Nanu, haben wir das richtig verstanden? Athen will notfalls an die Börse gehen? Wollen die Griechen ihre finanzielle Wackelreise durch Europa jetzt mit einer Aktienemission ihres finanzwirtschaftlich geschundenen Staates krönen? Nein: Die Politiker in Athen wissen, dass sie beim jetzigen Stand der griechischen Wirtschaft und der Finanzlage des Staates auf ihren Aktien sitzen bleiben würden. Die jetzt so auffällig oft von der „Rolle der Börsen“ sprechen, wissen, dass der Kapitalmarkt Griechenlands keine Fundgrube für neues Geld ist.

Die auf den ersten Blick so verblüffende Ankündigung eines Börsenganges des Staates Griechenland ist der im Lichte der Rettungsorgien nicht mal so wirklichkeitsferne Versuch, die Regierungen der Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion unter Druck zu setzen. Die haben zu diesem Erpressungsversuch geradezu eingeladen. Wer die für den normalen Kaufmannsverband rechnerisch kaum mehr zugänglichen, immer häufiger an die Billion grenzenden Milliardentransfers zum guten Zweck der inneren Festigung der wackelnden Währungsunion nicht nur erwägt, sondern durch die Indienstnahme der Europäischen Zentralbank zum Geschäftsalltag des politischen Unternehmens „Europäische Währungsunion“ macht, der sollte sich nicht wundern, wenn die Phantasie der Empfänger zum hochgemuten Börsengang auch der längst Überschuldeten führt.

Was die „Europäer“ mit Europa machen, darf man gerechterweise nicht immer nur den überschuldeten Griechen anlasten. Das politische Europa sollte sich gerade in der Orgie des Hantierens mit Beträgen an der nicht mehr existierenden Grenze zur Billion die Zeit nehmen, einen Augenblick darüber nachzudenken, ob der Dienst im Bruch des Versprechens des „No-bail-out – Rausgepaukt wird nicht“ mit der Auszeichnung durch den Karlspreis zu schmücken ist.

Hans D. Barbier

Umweltgerecht wirtschaften

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) – die sieben Ratsmitglieder des SRU beraten die Bundesregierung mit dem Auftrag, die Umweltsituation und -politik darzustellen und zu begutachten – will, dass ökologische Grenzen ernster genommen werden. „In einer begrenzten Welt kann es kein unbegrenztes Wachstum geben“, begründete der Ratsvorsitzende Martin Faulstich die Empfehlungen des Rates. Deshalb sei mehr Engagement für eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung nötig.

Das aktuelle SRU-Gutachten „Verantwortung in einer begrenzten Welt“ gibt entsprechende Hinweise für die Politik, zum Beispiel Steuern auf gesättigte Fettsäuren, Pfandpflichten für ausgewählte Elektrogeräte und eine Elektrifizierung des LKW-Verkehrs mittels Oberleitungen, selbstverständlich mit Strom aus regenerativen Quellen.

<http://goo.gl/4c2iP>

Ampel für die Reifen

Seit 1. Juni dürfen Reifenhersteller mit einem neuen Energiespar-Label werben, ab November 2012 müssen alle Neureifen damit gekennzeichnet sein. Die Kennzeichnungspflicht gilt für alle Pneus, die ab 1. Juli 2012 produziert werden. Reifen, die vor diesem Datum produziert wurden, müs-

sen nicht gekennzeichnet werden. Mithilfe des Labels sollen Autofahrer besser erkennen können, wie energieeffizient ihre Reifen sind.

Das Reifen-Label ist Effizienzaufklebern nachempfunden, wie sie seit Jahren auf Kühlschränken, Waschmaschinen und anderen Elektrogeräten zu finden sind. Bewertet werden bei den Reifen Rollwiderstand (Verbrauch), Nasshaftung (Sicherheit) sowie Abrollgeräusch (Lärm). Während die ersten beiden Kategorien durch Farbskalen von A (grün, beste Klasse) bis G (rot, schlechteste Klasse) kenntlich gemacht werden, wird das Rollgeräusch mithilfe schwarzer Wellen bewertet: Je mehr Wellen ein Reifen hat, desto lauter ist er. Das Design des Reifenlabels ist – von Mindestgröße über Formen, Farben sowie Schriftarten und -größen bis hin zu Rahmenstrichbreiten und Zeilenabständen – durch eine EU-Verordnung (Nr. 1222/2009) verbindlich vorgegeben. Die Verordnung gilt in allen 27 EU-Staaten mit diversen Ausnahmen, unter anderem gilt sie nicht für Motorradreifen, Rennreifen und runderneuerte Reifen.

Die Deutsche Umwelthilfe begrüßt die neue Autoreifen-Kennzeichnung und fordert den Staat zu regelmäßigen Kontrollen auf. Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) weist darauf hin, dass auch Kriterien wie Fahrstabilität, Seitenführung in Kurven und Lebens-

Reifenpannen

ADAC-Hilfe bei PKW-Reifenschäden



Quelle: ADAC

dauer berücksichtigt werden sollten. Besonders kraftstoffeffiziente Reifen können laut DVR auf nasser Straße häufig einen längeren Bremsweg haben als Reifen mit höherem Rollwiderstand. Laut „Kfz-Betrieb online“ kennen 87 Prozent der Autofahrer die ab November 2012 einheitliche Kennzeichnungspflicht noch nicht.

<http://goo.gl/szpkB>

Zuwachs bei privaten Universitäten

Die Anzahl privater Universitäten hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt: Derzeit gibt es in Deutschland 108 private und 40 kirchliche Hochschulen. Das ist ein knappes Drittel aller Universitäten in der Bundesrepublik. 2012 sollen weitere 15 private Einrichtungen gegründet werden. Von bundesweit rund 2,2 Millionen Studierenden waren im Wintersemester 2010/2011 knapp 109 000 an privaten und 25 000 an kirchlichen Hochschulen eingeschrieben. An 69 Prozent der nichtstaatlichen Hochschulen sind maximal 1 000 Studierende immatrikuliert.

<http://goo.gl/Gxvfl>

Voller Energie in die Planwirtschaft

Auch vor der abrupten Atomkraft-Kehrtwende vor genau einem Jahr wollten die jeweiligen Bundesregierungen seit 2000, dass Deutschland sich von der Kernkraft verabschiedet. Das Ziel: Bis zum Jahr 2050 sollte hierzulande Strom fast ausschließlich mit erneuerbaren Energien produziert werden.

Der drohende Klimawandel war Thema der ausgehenden 1990er Jahre: Treibhausgase, allen voran das Kohlendioxid (CO₂), seien ursächlich für die Erderwärmung. Die Folge: Die Eiskappen der Pole würden schmelzen, der Meeresspiegel steigen, Unwetter sich häufen, kurz, das Klima kommt aus dem Gleichgewicht. CO₂ entsteht bei der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas. Die Vorkommen dieser fossilen Energieträger sind endlich, sodass es sinnvoll wäre, ihren Einsatz – und damit den CO₂-Ausstoß – zu senken.

Klimaschutz dank Energiewende

Etwa 80 Prozent aller Treibhausgas-Emissionen entstehen in Deutschland durch den Energieeinsatz in Häusern, Automotoren und Industrieanlagen. Deshalb sollte der grundlegende Umbau der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien die zentrale Schlüsselposition zur Erreichung von Klimaschutzziele sein – die „Energiewende“ war geboren. Klima gerettet und zugleich innovative Energietechniken vorangebracht: Das ist perfekt für „Macher“. Die Energiewende ist, so steht es beispielsweise auf der Webseite des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, „eine ethische und kulturelle Grund-

entscheidungs, und sie beinhaltet die einmalige Chance, der Welt ein Beispiel zu geben, wie Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit in einer führenden Industriation vereinbart werden können“.

Nur, so richtig voran in die ethisch klimafreundliche Zukunft geht es eher in Trippelschrittchen. Deshalb hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Energiegipfel geladen. Zentrale Themen waren Sicherheit der Energieversorgung, Investitionen in eine zukunftsfähige Stromversorgung, wettbewerbsfähige Energiepreise, Forschung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Alle Beteiligten lobten den guten Willen zur Zusammenarbeit für das gemeinsame Ziel. Dieser Energiegipfel fand am 3. April 2006 in Berlin statt.

Sechs Jahre später, am 23. Mai 2012, hat Angela Merkel die Energiewende auf einem neuerlichen Energiegipfel zur Chefsache erklärt und angekündigt, sich alle sechs Monate mit den Ministerpräsidenten der Länder zusammenzusetzen, um „Fortschritte und nicht erledigte Aufgaben zu identifizieren“. Auch diesmal ging es hauptsächlich um die Sicherheit der Energieversorgung, Investitionen in eine zukunftsfähige Stromversorgung, wettbewerbsfähige Energiepreise, Energieeffi-

zienz und – neu in den Fokus gerückt – um den Netzausbau. Und wie schon vor Jahr und Tag herrschte große Zuversicht, „dass die Energiewende gelingen kann“.

Vorrang für „Erneuerbare“

In den letzten Jahren wurden in Deutschland Tausende Windräder errichtet und Millionen Solarzellen installiert, begünstigt durch staatlich festgesetzte hohe Einspeisevergütungen für andernfalls nicht marktfähige Energietechniken. Das „Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien“ (Kurztitel: Erneuerbare-Energien-Gesetz oder EEG), im Jahr 2000 in Kraft gesetzt, regelt die bevorzugte Einspeisung erneuerbarer Energie.

Das Problem: Wohin mit dem witterungsabhängig anfallenden Strom, wenn mehr produziert als verbraucht wird? Strom lässt sich aktuell nicht in großen Mengen speichern, und im Stromnetz muss permanent so viel Strom verbraucht werden, wie produziert wird. Falls nicht, käme es zu einer Kettenreaktion von Notabschaltungen in Kraftwerken – andernfalls würden die Generatoren beschädigt – und in deren Folge wiederum zu überregionalen Stromausfällen, neudeutsch „blackout“.

Die aktuelle Windkraft-Kapazität von rund 27 000 Me-



„Die Energiewende ist auf einem guten Weg. Es gibt kein anderes Projekt, bei dem die Bundesregierung in so kurzer Zeit so viel auf den Weg gebracht hat.“
Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

gawatt (MW) ersetzt zurzeit wegen ihrer un stetigen Verfügbarkeit 1 900 MW konventionelle Kraftwerkskapazität. Zur Absicherung werden nach wie vor Kraftwerke mit konventionellen, fossilen Energieträgern benötigt, die Schwankungen bei Windstille und Dunkelheit ausgleichen können. Da zudem nach den Beschlüssen vom Juni 2011 – Stichwort Fukushima – ab 2022 auf Atomkraft verzichtet werden soll, hat der Ausbau „grüner“ Stromkapazitäten die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und den CO₂-Ausstoß kaum vermindert. Im Gegenteil: Der Wegfall der Atomkraftwerke muss kompensiert werden; neue Gas- und Kohlekraftwerke sollen sie ersetzen.

Schon die bisherigen politischen Weichenstellungen haben zum Anstieg der Stromkosten geführt. Denn Windmüller und Solarwirte bekommen ihre Einspeisevergütung, egal ob der von ihnen ins Netz eingespeiste Strom gebraucht wird oder nicht. Über einen Aufschlag auf den Strompreis müssen die Endverbraucher die Kosten tragen. Die Strompreise für Privathaushalte sind seit dem Jahr 2000 um rund 75 Prozent gestiegen. Die darin enthaltenen Steuern und EEG-Abgaben belaufen sich inzwischen auf jährlich fast 24 Milliarden Euro. Allein die EEG-Abgaben betragen gut 14 Milliarden Euro. Die Hälfte davon wird für Solarstrom aufgewendet, ein Energieträger, der aktuell lediglich drei Prozent zur gesamten Stromproduktion in Deutschland beiträgt. Ein Drei-Personen-Haushalt zahlt inzwischen rund 75

Euro monatlich für Strom. Experten erwarten, dass sich dieser Betrag mittelfristig mindestens verdoppeln wird.

Interventionen inklusive

Mit dem EEG hat sich auch die Energiepolitik verändert, und wie in anderen Wirtschaftsbereichen, so auch hier: Jede marktwidrige Regelung zieht weitere staatliche Eingriffe nach sich. Wegen des gesetzlichen Vorrangs der Einspeisung von EEG-Strom lohnen sich Bau und Betrieb neuer Kohle- und Gaskraftwerke nicht; sie sind aber für die Versorgung mit Grundlaststrom unverzichtbar. Solche Investitionen sind sogar nach Ansicht von EEG-Befürwortern nötig, um Sicherheit und Stabilität im Stromnetz zu gewährleisten.

Also fordern Stromproduzenten – gleich, ob Privatunternehmen oder Stadtwerke – von der Bundesregierung Hilfen für den Bau von Kohle- und Gaskraftwerken. Andere Politiker wiederum diskutieren über die Schaffung eines sogenannten Kapazitätsmarkts, bei dem Kraftwerksbetreiber schon für das Vorhalten von Kapazitäten bezahlt würden.

Neue Hochspannungstrassen für den Windstrom-Transport von der Nordsee nach Süddeutschland erfordern ebenfalls Investitionen in Milliardenhöhe. Netzbetreiber halten sich zurück, denn ihr Entgelt wird von der Bundesnetzagentur vorgegeben. Anwohner der geplanten Trassenstrecken sind ebenfalls wenig begeistert: Jeder ist zwar für die Energiewende, aber...

Unberücksichtigt bleiben in der Diskussion die örtlichen Verteilnetze. Während schätzungsweise knapp 5 000 Kilometer Überlandleitungen neu errichtet werden müssten, wären bei den Verteilnetzen mehrere Zehntausend Kilometer Kabel nötig. Bislang jedenfalls ist der Netzausbau unattraktiv und verläuft schleppend. Der Lösungsvorschlag, zum Beispiel des niedersächsischen Ministerpräsidenten: die Verstaatlichung des Stromnetzes. Und weil sich Strom bislang nur begrenzt speichern lässt, soll die Erforschung von Stromspeichern vorangetrieben und – selbstverständlich – staatlich gefördert werden.

Die Stromkunden müssten noch mehr Subventionen schultern, und die nächste Umdrehung der Interventionsschraube wäre absehbar. Allmählich wird vielen bewusst, dass die angestoßene Entwicklung teuer werden könnte. Längst gibt es Tausende Haushalte, die mit Arbeitslosengeld II – geläufiger „Hartz IV“ – auskommen müssen und ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können. Wie zu erwarten, werden bereits Stromkostenzuschüsse für Hartz-IV-Empfänger gefordert.

Mittlerweile sind immer mehr Stimmen zu hören, die vor den Belastungen warnen. Auch wenn die Zusatzkosten aufgrund der Komplexität schwierig zu beziffern sind, kursieren inzwischen Expertenschätzungen von 200 Milliarden bis 300 Milliarden Euro, die Haushalte, Unternehmen und Steuerzahler zu tragen haben werden. Vor diesem

Hintergrund wird auch die Gefahr der Unternehmens-Abwanderung gesehen: Energieintensive Produktionen könnten Deutschland verlassen.

Plan statt Markt?

Nachdem also gut zehn Jahre Energiewende hinter Deutschland liegen, ist der Befund ernüchternd: Es dominieren planwirtschaftliche Ansätze in der Energiepolitik. Alternativen finden kaum Aufmerksamkeit. Eine wäre zum Beispiel, keine Form der Energieerzeugung mehr bevorzugt zu behandeln. Die Politik hätte in diesem Fall nur eine einzige, aber umso wichtigere Aufgabe: für Kostentransparenz bei den Energieträgern zu sorgen. Sie müsste darauf bestehen, dass nicht im Preis enthaltene „externe“ Kosten internalisiert werden. Dann hätten beispielsweise die Betreiber von Kernkraftwerken die Katastrophenrisiken im Preis für Atomstrom zu berücksichtigen. Kohle- und Gaskraftwerke müssten ihren CO₂-Ausstoß einpreisen. Wenn jede Solar- und Windenergieanlage voll haftpflichtversichert sein muss, müssen auch Haftungsschlüsse für Kernkraftwerke wegfallen. Für alle Energieträger – vom Atom bis zur Windkraft – wären die tatsächlichen Kosten zu kalkulieren, verzerrende Subventionen und sonstige Hilfen inklusive. Dann würde transparent, was die jeweilige Stromproduktion kostet, und die Stromproduzenten könnten selbst entscheiden, ob und welche Form der Stromproduktion lohnt.

Andreas Schirmer



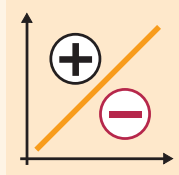
„Wettbewerb spielt bei der Energiewende keine Rolle. Wir erleben eher das Gegenteil. Der mühsam erkämpfte Wettbewerb auf dem Energiemarkt wird wieder zurückgedrängt.“

Justus Haucap, Vorsitzender der Monopolkommission

IM KLARTEXT

Juni 2012

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Juni 2012

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung +

Im Mai 2012 wurden von den Statistikern der Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 2,9 Millionen Arbeitslose gezählt. Das waren 105 000 weniger als im Mai 2011. Als arbeitssuchend registrierte die BA im Mai rund 4,9 Millionen Frauen und Männer, 291 000 weniger als im Vorjahresmonat. Die von der Statistik der BA ermittelte „Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit“ betrug knapp 3,9 Millionen, auch hier wurden weniger Menschen ohne Beschäftigung (303 000) gezählt als im Mai 2011.

Frank-Jürgen Weise, Vorsitzender des Vorstands der BA, sagte, der Arbeitsmarkt habe sich insgesamt weiter erfreulich entwickelt. Allerdings schwäche sich die positive Grundtendenz etwas ab. Dies hänge auch damit zusammen, dass die Statistik weniger stark als in den Vorjahren durch Fördermaßnahmen für Arbeitslose entlastet wurde.

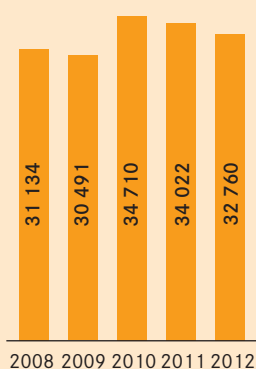
Eigenverantwortung -

Knapp 33 000 Bundesbürger meldeten im 1. Quartal 2012 Privatinsolvenz an. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal entspricht das einem Rückgang um 3,7 Prozent. Dem „Schuldenbarometer“ der Wirtschaftsauskunftei Bürgel zufolge setzt sich der Trend sinkender Privatinsolvenzen aus dem letzten Jahr fort: Die Situation habe sich vor allem aufgrund der verbesserten Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung erholt.

Allerdings gibt es auch Bedenkliches zu melden: Aufgrund der sinkenden Arbeitslosenquote – Arbeitslosigkeit gilt als Hauptursache für eine Privatinsolvenz – hätte der

Privatinsolvenzen

jeweils 1. Quartal



Quelle: Bürgel Wirtschaftsinformationen

Rückgang stärker ausfallen müssen. Zudem bereiten ansteigende Insolvenzen bei jungen Erwachsenen Sorgen. Gegen den Gesamttrend steigt die Insolvenzquote der jungen Erwachsenen von 18 bis 25 Jahren im Quartalsvergleich um mehr als ein Drittel (35,6 Prozent) an. Diese Altersgruppe fällt gemäß der Wirtschaftsauskunftei durch unwirtschaftliche Haushaltsführung und wenig Erfahrung beim Umgang mit Geld auf. Außerdem seien Einkommen und Konsumverhalten der Betroffenen häufig nicht vereinbar.

Ferner verfügen die jungen Erwachsenen über keine oder nur unzureichende Rücklagen für den Krisenfall.

Geldwertstabilität +

Die Inflation in Deutschland schwächt sich vorerst ab. Erstmals seit Dezember 2010 sank die Teuerungsrate im Mai 2012 wieder unter die Marke von zwei Prozent, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

Die Jahres-Teuerung ging von 2,1 Prozent im April auf 1,9 Prozent im Mai zurück. Die Statistiker begründen den nachlassenden Preisauftrieb vor allem mit der Preisentwicklung bei Mineralölprodukten: Die Kraftstoffpreise seien erstmals in diesem Jahr gegenüber dem Vormonat gefallen. Heizöl wurde sogar im dritten Monat in Folge günstiger.

Verbraucherpreise 2012

Änderung zum Vorjahresmonat	
Januar	2,1 %
Februar	2,3 %
März	2,1 %
April	2,1 %
Mai	1,9 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeitslose



jeweils Mai
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: REGIERUNGonline/Chaperon (innen); Monopolkommission
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard